

LINKS BE

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
193 · Ausgabe BE · März 2021



Dank der SP: Härtefallhilfen auch für kleinere Firmen

WIE EINE MEDIENMITTEILUNG, EINE ENGAGIERTE GENOSSIN UND EIN COIFFEUR-BESUCH ZU EINER MOTION FÜHRTEN, MIT WELCHER DIE SP DIE GRUNDLAGE DAFÜR LEGTE, DASS AUCH FIRMEN MIT EINEM JAHRESUMSATZ ZWISCHEN 50 000 UND 100 000 FRANKEN AUF HÄRTEFALLHILFEN HOFFEN KÖNNEN: WIR ZEIGEN UNS EINMAL MEHR ALS DIE FORTSCHRITTLICHE PARTEI, DIE FÜR MÖGLICHST GROSSE FREIHEITEN FÜR ALLE KÄMPFT, FÜR EIN SOZIALES GEMEINWESEN UND FÜR MODERNE ARBEITS- UND LEBENSFORMEN.

Als der Berner Regierungsrat am 15. Januar 2021 über eine Medienmitteilung ankündigte, dass er die angepasste Verordnung für von der Corona-Pandemie betroffene Unternehmen auf Montag, 18. Januar 2021, in Kraft setzte und dabei die Eckwerte des Bundes weitgehend übernehme, freute das nicht nur viele Unternehmerinnen und Unternehmer, sondern auch viele Arbeitnehmende und auch uns von der SP. Endlich war der Kanton Bern in der Lage, Härtefallhilfen für Unternehmen, die von der Pandemie betroffen waren, auszubezahlen und damit die Berner Wirtschaft wirkungsvoll zu stützen.

Regierungsrat legte höheren Mindestumsatz fest

Dass Bern neben Obwalden als einziger Kanton die Hürde für solche Entschädigungen auf einen Mindestumsatz von Fr. 100 000.– festlegte, stiess uns in der Parteileitung der SP aber schon sauer auf. Alle andern Kantone übernahmen den vom Bund vorgeschlagenen Minimalumsatz von Fr. 50 000.–, ganz zu schweigen von Kantonen wie Freiburg, die Unternehmen zusätzlich erlauben, Lohnan-

teile, welche nicht über den Erwerbssersatz gedeckt sind, in den Umsatz miteinzurechnen. Die Berner Regierung begründete ihren Entscheid folgendermassen: «Um eine möglichst grosse Wirkung der staatlichen Unterstützung zu erreichen und Mitnahmeeffekte zu begrenzen, sollen diejenigen Unternehmen unterstützt werden, die einen wesentlichen volkswirtschaftlichen Beitrag leisten und deren Tätigkeit mindestens die Auszahlung eines existenzsichernden Einkommens erlaubt.»

Respektlos gegenüber Kleinunternehmen

Nach dem leer Schlucken, dem Überschlafen übers Wochenende und dem Rückfragen bei der Regierung beschlossen Grossrätin Sarah Gabi-Schönenberger und ich, im Namen der SP die dringliche Motion «Keine kantonalen Verschärfungen bei Härtefallhilfen» einzureichen. Dass eine bürgerliche Regierung nur volkswirtschaftlich relevanten Unternehmen finanziell unter die Arme greifen will, überrascht ja sicher niemanden. Dass aber diese Regierung kleinen Unternehmen die Fähigkeit abspricht, ein existenzsicherndes

Einkommen zu generieren, ist ganz einfach eine Beleidigung für alle Kleinunternehmer und Kleinunternehmerinnen, wie zum Beispiel für meinen Coiffeur.

SP schafft Mehrheiten

Während dieser mir die vor Ärger noch grauer gewordenen Haare schnitt, erhartete sich meine Annahme, dass er mit seinem Einzelunternehmen einen Jahresumsatz von unter Fr. 100 000.– macht, aber damit trotzdem eine dreiköpfige Familie ernähren und sich erst noch in einem Hilfsprojekt engagieren kann. Coiffeure sind in der zweiten Welle nicht von Einschränkungen betroffen. Während des Haarschneidens festigte sich aber auch meine Gewissheit, dass es zahlreiche Kleinbetriebe gibt, zum Beispiel in der Gastro-Branche oder im Kulturbereich, die mit ähnlichen Umsätzen ein existenzsicherndes Einkommen generieren. Würden die bürgerlichen Ratsmitglieder dem Regierungsrat folgen und die Motion ebenfalls ablehnen? Ich war gespannt auf die Behandlung des Vorstosses in der ersten Sessionswoche. Und siehe da: Das Anliegen genoss breite Unterstützung und wurde mit deutlichem Mehr überwiesen. Nun ist es am Regierungsrat, diesen Auftrag rasch umzusetzen. Zum Glück sorgte mein Ärger für einmal nicht nur für mehr graue Haare, sondern auch für einen wichtigen Beschluss.

Ueli Egger, Grossrat, Co-Präsident SP Kanton Bern, Hünibach

Für die Würde und die Rechte aller Menschen



«Je souhaite pouvoir participer autant professionnellement que civiquement à la vie de ce que je considère être ma commune et avoir le droit d'exprimer ma voix de citoyen biennois au travers de votations et d'élections impactant directement mon quotidien.»

PIERRE-YVES BIBA, en formation en soins infirmiers, Bernne, en Suisse depuis 6 ans

UNSERE STIMMEN – NOS VOIX 



«Stimmrecht bedeutet für mich dazugehören: Ich bin Teil der Gesellschaft und die Entscheidungen die politisch getroffen werden, haben Auswirkungen auf mich, darum will ich mitbestimmen.»

MAHTAB AZIZTAEMEH, Journalistin, Bern, seit 5 Jahren in der Schweiz

UNSERE STIMMEN – NOS VOIX 



«Das Ausländerstimmrecht ist sinnvoll, weil Zugehörigkeit und aufmerksame Teilnahme an seiner Umwelt und seinen Mitmenschen nicht von einem Papier abhängen soll.»

LEA WEIERMANN, Oberstufenlehrerin, seit 22 Jahren in der Schweiz

UNSERE STIMMEN – NOS VOIX 

Die AG Stimmrecht wurde im November 2020 gegründet. Das Anliegen wurde von der SP Lyss-Busswil eingebracht, die sich dafür einsetzt, dem Thema Stimmrecht einen hohen Stellenwert zu geben. Die Geschäftsleitung der SP Kanton Bern hat diesen Impuls aufgenommen, die Wichtigkeit dieses Themas unterstrichen und diese Arbeitsgruppe einberufen. Auch die SP MigrantInnen arbeitet bereits an ähnlichen Themen. Daher besteht die AG auch zu einem grossen Teil aus Mitgliedern der SP MigrantInnen, der SP Lyss-Busswil und Mitgliedern der Geschäftsleitung des Kantons Berns.

Im Grossen Rat wurde eine Motion von Samantha Dunning (PSR Bienne) behandelt, welche den Gemeinden die Möglichkeit geben wollte, das Stimmrecht für Menschen ohne Schweizer Pass eigenständig einzuführen. Die AG hat dieses Postulat zum Anlass genommen, um eine kleine Aktion zu starten. Dabei wurden Statements und Fotos von Betroffenen veröffentlicht, die Argumente dafür liefern, das Stimmrecht für Ausländer*innen einzuführen. Die SP Kanton Bern war der SP Schweiz ein klein wenig voraus und hat das umgesetzt, was in diesem Jahr von der SP Schweiz durch die Petition für ein Stimmrecht aufgenommen wurde. Das Postulat im Kanton Bern wurde sehr knapp abgelehnt. Die AG ist sich einig, dass sie dieses Anliegen the-



Anna Tanner, Vizepräsidentin SP Kanton Bern, Stadträtin Biel

matisch weiterbearbeiten will, jedoch nicht nur das Stimmrecht. Viele Menschen mit Migrationserfahrung sind auch auf anderen Ebenen von Diskriminierung betroffen.

Problematisches Gesetz

Das neue Ausländer*innengesetz hat diese Tendenz noch verschärft. Die Angst vor einer Rückstufung der Aufenthaltsbewilligung oder gar einer Ausschaffung wurde durch die neue Gesetzgebung erhöht. Die AG erachtet es als sehr sinnvoll, diese Themen zusammenzuführen und weiterzuentwickeln. Deswegen wird die nächste geplante Veranstaltung zum Thema Asylbereich stattfinden. Ein Thema, welches im Moment besonders brennt, ist die Situation in den Ausschaffungszentren.

Die Betreiberin dieser Zentren, die ORS, wurde mehrmals öffentlich kritisiert. Die AG Stimmrecht will dieses Thema nun vertieft angehen. Sie hat anlässlich der letzten Sitzung Direktbetroffene, also Personen, welche im Ausschaffungszentrum wohnen und leben, eingeladen, damit diese über ihre Situation und Lebensbedingungen berichten konnten. Die Berichte und Erzählungen verstärkten auch in der AG die kritische Haltung gegenüber diesen Zentren.

Ausschaffungszentren gefährden Kindswohl

Gerade in Zeiten von Corona können die Hygiene- und Distanzbedingungen nicht eingehalten werden. Kritik wird nicht oder wenig gehört und heruntergespielt. Die Kinder in den Zentren müssen unter Bedingungen aufwachsen, welche das Kindswohl gefährden. Aus der Sicht der AG besteht ganz klar politischer Handlungsbedarf. Es ist ein grosses Anliegen, noch breiter über diese Sachverhalte zu informieren. Deswegen organisiert die AG Stimmrecht am 10. Mai 2021 eine Veranstaltung für die Mitglieder der SP Kanton Bern, um den Handlungsbedarf zu konkretisieren. Die AG freut sich über Euren Besuch! Zusammen erreichen wir mehr!

Die AG hat sich zum Ziel gesetzt, im Kanton Bern die genannten Anliegen zu thematisieren und dafür zu sensibilisieren. Sie war in ihren ersten Monaten bereits zu Besuch an einer Mitgliederversammlung der SP Migrant*innen und wird im Mai 2021 im Frauentreff Karibu in Zollikofen über ihre Aktivitäten informieren. Wir freuen uns über weitere Möglichkeiten, uns in Gruppierungen, mit persönlich Betroffenen, Aktivist*innen und mit SP-Mitgliedern auszutauschen. Wer bei uns mitmachen will, ist herzlich willkommen. Kontakt: Anna Tanner, anna-tanner@hotmail.com

Planung für die Zeit danach



**Ja mach nur einen Plan,
sei nur ein grosses Licht
Und mach dann noch
'nen andern Plan,
gehn tun sie beide nicht! ...**

Bertolt Brecht, Dreigroschenoper,
Bettlerkönig Peachum:
Ballade von der Unzulänglichkeit
des menschlichen Strebens.

Willst Du bei der SP 60+ Mitglied
werden? – melde Dich direkt bei der
SP 60+ Schweiz an: www.sp-ps.ch

Die Mitgliedschaft bei der SP 60+ ist
gratis, sofern Du Mitglied bei einer
SP-Sektion bist.

Herzlich willkommen!

So kam es uns etwa vor in dieser vergangenen Zeit. Das Virus hat unser Leben dominiert und unseren Alltag auf den Kopf gestellt. Nun hiess es: planen, anders planen und noch einmal anders. Etwas lästig – den Umständen angemessen – der Vernunft gehorchend – und schliesslich fanden wir: Es hält uns kreativ und flexibel!

Wir vom Vorstand hoffen, dass die Mitglieder der SP 60+ im Kanton Bern, wie auch ihre Angehörigen, gesund durch diese schwierige Zeit gekommen sind, dass sie trotz Einschränkungen Mut, Zuversicht und Lebensfreude bewahren konnten. Die Vorstandssitzung am 2. März führten wir wie gewohnt in Bern durch. Die Traktanden der Sitzungen von Mai und Oktober behandelten wir auf dem elektronischen Weg, entsprechende Protokolle wurden verfasst.

Die Hauptversammlung 2020, geplant und bis ins Detail vorbereitet, sollte am 10. Juni 2020 in Thun stattfinden. Wir haben entschieden, im Jahr 2021 eine HV mit den statutarischen Geschäften der zwei Jahre (2019, 2020) durchzuführen.

Viele Aktivitäten waren in den Regionen geplant, nur wenige konnten durchgeführt werden. Kreative Lösungen waren gefragt, zum Beispielfand im Herbst in der Region Oberaargau eine Versammlung bei einer Waldhütte im Freien statt. Gast war Marianne de Mestral, die von ihren Erfahrungen als Co-Präsidentin der SP 60+ Schweiz berichtete und auf ihre Nachfolge im Co-Präsidium sowie auf die Wahlen des neuen SP-Schweiz-Präsidiums einging.

Mit der Region Biel/Bienne-Seeland-Jura bernois wurden die Kontakte intensiviert,

nachdem an der HV 2019 in Biel die Zweisprachigkeit im Kanton Bern thematisiert worden war. Im Sommer 2020 haben zwei Frauen aus dieser Region das Heft buchstäblich in die Hand genommen. Seither veröffentlichen sie jeden Monat einen zweisprachigen Newsletter, der bei den Mitgliedern gut ankommt. Eine schöne Form, den Kontakt aufrechtzuerhalten, solange Treffen nicht gut möglich sind.

Die Region Berner Oberland war mit der Planung der HV beschäftigt. Zum grossen Bedauern konnten keine weiteren Anlässe durchgeführt werden. Die Region Bern-Mittelland organisierte im Oktober einen Spaziergang im Grauholzswald. Unter der Leitung einer Pilzspezialistin wurden Pilze gesucht und bestimmt. Weitere Vorhaben wurden aufs neue Jahr verschoben.

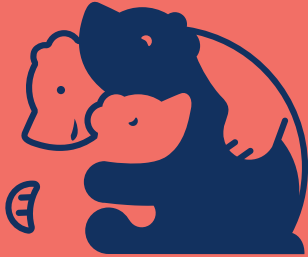
Ausblick auf die kommenden Monate

Die beiden aktiven Frauen der Region Biel/Bienne-Seeland-Jura bernois werden für die Wahl in den Vorstand der SP 60+ Kanton Bern kandidieren. Damit ergibt sich eine ideale Zusammensetzung mit je 4 Frauen und 4 Männern: Berner Oberland (2), Bern-Mittelland (2), Oberaargau-Emmental (2), Biel/Bienne-Seeland-Jura bernois (2).

Wir freuen uns auf die persönlichen Kontakte an der Jahresversammlung (vorgesehen im Juni 2021 in Thun) und darauf, dass auch die Anlässe in den Regionen wieder geplant und durchgeführt werden können.

*Für den Vorstand der SP 60+ Kanton Bern
Sabine Högger-Maire und Paul Zaugg*

JETZT ALLE UNTERSCHRIFTEN EINSENDEN



ELTERNZEIT!

Am 6. April läuft die Sammelfrist für die Elternzeitinitiative ab – es zählen nur Unterschriften, die bis zu diesem Datum zur Beglaubigung auf den Gemeindeverwaltungen eingetroffen sind. Damit die Initiative zu Stande kommt, brauchen wir jede Unterschrift. Darum bitte alle gesammelten Unterschriften sofort einschicken. Allerspäteste mögliche Postaufgabe: 30. März.

NEUES MITGLIED IN DER GROSSRATS- FRAKTION

Ruth Sager Schär ist seit Januar Grossrätin der SP für den Wahlkreis Oberaargau. Die Lehrerin aus Herzogenbuchsee folgt auf die zurückgetretene Marianne Burkhard.



Ruth Sager Schär

JUSOS ALS DOPPELMITGLIEDER GEWINNEN

Eine gute Möglichkeit für SP-Sektionen, junge Mitglieder zu gewinnen, sind JUSOs. Was viele nicht wissen: Für JUSOs ist bis 26 die Doppelmitgliedschaft in der SP auf Antrag gratis. Sprecht potenzielle Interessentinnen und Interessenten auf das Angebot an!

Mehr Infos zum nötigen Vorgehen unter www.juso.ch/doppelmitgliedschaft

AGENDA 2021

- **Samstag, 29. Mai**
Parteitag in Biel
- **Sonntag, 13. Juni**
Abstimmungen
- **Mittwoch, 25. August**
Parteitag in Bern
(Eventualtermin)
- **Mittwoch, 10. November**
Parteitag in Bern

BLEIB AUF DEM LAUFENDEN UND FOLG UNS AUF DEN SOZIALEN MEDIEN



@spbern



@spkantonbern



@spkantonbern

Von Ochsen und Drohnen

«Ogba, was macht der Ochse auf dem Feld?», fragt Zak. «Der zieht den Pflug», antwortet Ogba. «Aber dann nimmt mir der Ochse meine Arbeit weg!», entrüstet sich Zak. In der Steinzeit war die Solidarität hoch, fast alles war Gemeingut. Zak war also nicht brotlos, nur weil ihn ein Ochse ersetzte.

Seither haben landwirtschaftliche und industrielle Revolutionen die Arbeitswelt permanent verändert. Das Pferd hat den Ochsen abgelöst, der Traktor das Pferd. Brücken folgten auf Fahren, die Eisenbahn und die Lastwagen verdrängten die Kutschen usw.

Veränderung kann Ängste auslösen. Es ist schliesslich einfacher sich vorzustellen, was nicht mehr ist, als sich vorzustellen, was Neues kommen könnte. So hätte sich um 1850 kaum jemand vorstellen können, dass 170 Jahre später nur noch 3 % in der Landwirtschaft arbeiten und nicht mehr 65 %. Touris-

Rote Feder

mus war damals ein Fremdwort, die Industrialisierung hatte eben erst eingesetzt, der Service public steckte noch in den Kinderschuhen.

Heute kursieren Ängste über autonomes Fahren oder über Drohnen als Jobkiller. Die Geschichte zeigt, dass immer neue Berufe und neue Arbeit entstehen. Die Produktivitätsgewinne dürfen aber nicht dazu führen, dass sich die Einkommens- und Vermögensschere weiter öffnet. Mit Gesamtarbeitsverträgen, Mindestlöhnen, Arbeitszeitverkürzung und einer harmonisierten Steuerpolitik kann dem entgegen gewirkt werden.

Mit der erfolgreichen E-ID-Kampagne haben wir die Richtung der Digitalisierung vorgegeben: Datenhoheit beim Staat und mehr Service public. Diesen Weg gilt es weiterzugehen.

Franz Schori, Stadtrat Thun,
Zentralsekretär syndicom

